

**V2411 Motion (SP/JUSO, Grüne, Junge Grüne) „Elternbeiträge für ausserschulische Aktivitäten“**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Vorstosstext**

## Auftrag:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten für Anlässe der Volksschule an die bundesgerichtliche Rechtsprechung anzugleichen.
2. Der Gemeinderat legt für obligatorische Klassenlager und Exkursionen eine für alle Könizer Schulen verbindliche Bandbreite der Beiträge pro Tag und Kind fest.
3. Der Gemeinderat sorgt dafür, dass das bestehende Angebot der Könizer Schulen an obligatorischen Exkursionen und Klassenlagern in Bezug auf Qualität und Menge mindestens beibehalten wird und stellt die nötige Finanzierung dafür sicher.

## Begründung:

Das Bundesgericht entschied im Dezember 2017 (BGE 144 I 1), dass Schulen keine Elternbeiträge für ausserschulische Aktivitäten mehr verlangen dürfen. Es bezog sich dabei auf die Bundesverfassung, die einen unentgeltlichen Volksschulunterricht für alle garantiert; darunter fallen auch Ausflüge, Landschulwochen und Skilager, sofern die Teilnahme obligatorisch ist. Den Eltern dürfen gemäss Entscheid des Bundesgerichts nur Kosten in Rechnung gestellt werden, die sie durch die Abwesenheit ihrer Kinder sparen. Dies betrifft namentlich Verpflegungskosten von 10 bis 16 Franken pro Tag. Die Erziehungsdirektion des Kantons Bern hat in der Folge die Vorgaben des Bundesgerichts nach oben korrigiert und empfiehlt eine Bandbreite von 15 bis 25 Franken pro Tag.

In seiner Antwort auf die Interpellation „Elternbeiträge für ausserschulische Aktivitäten“ (V1834) schrieb der Gemeinderat 2019, dass er in Bezug auf die Praxis in der Gemeinde Köniz keinen Handlungsbedarf ableitet. Die in der Antwort enthaltene Umfrage bei den Schulleitungen zeigte allerdings eine grosse Heterogenität in der Handhabung der Elternbeteiligung. Dort wurden den Eltern zu diesem Zeitpunkt sehr unterschiedliche Pauschalen sowie teilweise auch ÖV-Beiträge verrechnet. Verschiedene Schulkreise verrechneten zudem höhere Beträge als von der Bildungs- und Kulturdirektion empfohlen, teilweise mit der Möglichkeit, dass bedürftige Familien auf Gesuch hin entlastet werden. Insbesondere diese Praxis wirkt stigmatisierend, widerspricht der Grundidee der Volksschule sowie der bundesgerichtlichen Rechtsprechung.

Im Rahmen einer umfassenden Erhebung des Eidgenössischen Preisüberwachers (Bericht «Beteiligung der Eltern an den Kosten von obligatorischen Lagern und Exkursionen der Volksschule» vom 3. September 2024) wurde die Praxis der Kostenüberwälzung schweizweit überprüft. Der Preisüberwacher stellt darin fest, dass unter anderem die Empfehlung der bernischen Bildungs- und Kulturdirektion in klarem Widerspruch zur bundesgerichtlichen Rechtsprechung steht. Basierend auf einer aktualisierten Datenlage sei der zulässige Betrag, der Eltern für obligatorische Klassenlager und Exkursionen pro Kind und Tag auf 8 Franken zu reduzieren.

Die Könizer Schulen bieten den Schülerinnen und Schülern vielfältige lehrreiche Exkursionen und Klassenlager an, die sehr geschätzt werden. Auch der damit verbundene Zusatzaufwand, den die Lehrpersonen leisten, wird von der Könizer Politik wahrgenommen und sehr geschätzt. Dieser Vorstoss stellt dieses Angebot in keiner Weise in Frage, sondern möchte rein die Finanzierung dieser Veranstaltungen rechtskonform und für die Familien finanziell tragbar gestalten.

Der Gemeinderat wird beauftragt, sicherzustellen, dass in Köniz eine Praxis durchgesetzt wird, welche mit der bundesgerichtlichen Rechtsprechung sowie den Erkenntnissen des Preisüberwachers übereinstimmt. Eine entsprechende Regelung darf nicht zulasten des Angebots gehen.

## **Eingereicht**

04.11.2024

## **Unterschrieben von 24 Parlamentsmitgliedern**

Isabelle Steiner, Monika Röthlisberger, Janka Hamm, Brigitte Rohrbach, Bülent Celik, Franziska Adam, Rahel Gall, Urs Mumenthaler, Géraldine Boesch, David Müller, Dominik Fischli, Sara Gasser, Mayra Faccio, Laura Hoffman, Lukas Erni, Christina Aebischer, Jürg Mosimann, Matthias Müller, Katja Streiff, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Casimir von Arx, Arlette Mürger, Christine Müller

## **Antwort des Gemeinderates**

### **1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)**

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag.

### **2. Ausgangslage**

Die Motionärinnen und Motionäre fordern, dass die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten für obligatorische ausserschulische Aktivitäten der Könizer Volksschulen an die bundesgerichtliche Rechtsprechung angepasst wird. Konkret soll der Gemeinderat eine einheitliche und für alle Schulen verbindliche Bandbreite der Elternbeiträge pro Tag und Kind festlegen. Zudem wird verlangt, dass das bestehende Angebot an Exkursionen und Klassenlagern in Bezug auf Qualität und Umfang erhalten bleibt und die Gemeinde die dafür notwendige Finanzierung sicherstellt.

In der Begründung der Motion wird auf das Bundesgerichtsurteil BGE 144 I 1 (2017) verwiesen, welches festhält, dass obligatorische schulische Veranstaltungen unentgeltlich sein müssen. Eltern dürfen lediglich für tatsächliche Einsparungen, etwa für Verpflegungskosten, zur Kasse gebeten werden.

Der Gemeinderat nimmt dazu wie folgt Stellung:

### **3. Auftrag 1: Rechtskonforme Angleichung der Elternbeiträge an die Bundesgerichtliche Rechtsprechung**

Der Gemeinderat ist bereit, die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten für Anlässe der Volksschule an die bundesgerichtliche Rechtsprechung anzupassen. Eine einheitliche und rechtskonforme Regelung für alle Schulkreise trägt aus seiner Sicht zur Rechtssicherheit und Gleichbehandlung aller Erziehungsberechtigten bei. Eine Anpassung der Regelung ist daher angezeigt, vor allem im Interesse einer einheitlichen und nachvollziehbaren Praxis.

### **4. Auftrag 2: Festlegung einer einheitlichen Bandbreite der Elternbeiträge für obligatorische Klassenlager und Exkursionen**

Aus Sicht des Gemeinderates trägt die Festlegung einer verbindlichen Bandbreite der Elternbeiträge für obligatorische Klassenlager und Exkursionen wesentlich zur finanziellen Planungssicherheit für Schulen, Eltern und die Gemeinde bei.

Eine isolierte Festlegung der Bandbreite der Elternbeiträge ohne konzeptionelle, organisatorische und finanzielle Einbettung ist aus Sicht des Gemeinderates allerdings nicht zielführend. Eine gemeindeweite, rechtskonforme Handhabung erfordert eine enge Zusammenarbeit mit der Schulkommission, da diese gemäss Art. 12 Abs. 5a Bildungsreglement für die strategische Steuerung der Schulen zuständig ist. Darüber hinaus ist auch eine Abstimmung mit der Schulleiterkonferenz erforderlich, da diese gemäss Art. 20 Bildungsreglement für pädagogische Konzepte mit gemeindeweiter Gültigkeit verantwortlich ist.

Die Umsetzung von Auftrag 2 der Motion erfordert daher eine rechtliche, finanzielle und konzeptionelle Abstimmung zwischen den beteiligten Behörden und Gremien. Der Gemeinderat wird diese Arbeiten vorantreiben und in enger Zusammenarbeit mit der Schulkommission sowie der Schulleiterkonferenz eine tragfähige und praxisgerechte Lösung erarbeiten.

### **5. Auftrag 3: Sicherstellung des bestehenden Angebots an obligatorischen Exkursionen und Klassenlagern in Qualität und Umfang auf heutigem Stand**

Der Gemeinderat anerkennt, dass an vielen Schulstandorten eine wertvolle Tradition und Kultur im Bereich der Exkursionen und Klassenlager gewachsen ist. Diese Veranstaltungen sind nicht nur fester Bestandteil des Schulalltags, sondern leisten auch einen wesentlichen Beitrag zur sozialen und fachlichen Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. Die Bildungsstrategie der Gemeinde Köniz sowie der Lehrplan 21 unterstreichen die Bedeutung ausserschulischer Lernorte für erfahrungsorientiertes Lernen und die Förderung von Sozialkompetenzen.

Die bisherige Finanzierungsregelung reicht nicht aus, um die tatsächlichen Kosten für obligatorische Exkursionen und Klassenlager im heutigen Umfang zu decken. In welchem Umfang die Gemeinde die bisher auf die Eltern übertragenen Kosten übernehmen kann, ist im Rahmen dieser Stellungnahme nicht abschliessend zu beantworten. Eine Überprüfung der bestehenden Angebote wird erforderlich sein, um eine finanziell tragbare und organisatorisch umsetzbare Lösung zu erarbeiten.

Der Gemeinderat sieht sich einerseits in der Verantwortung, die bestehende Qualität und Anzahl der Exkursionen und Klassenlager so weit wie möglich auf dem heutigen Stand zu halten. Andererseits ist ihm die finanzielle Tragbarkeit der zukünftigen Lösung für die Gemeinde wichtig. Eine Neubewertung der bisherigen Praxis an sämtlichen Schulstandorten ist aus Sicht des Gemeinderates erforderlich.

Der Gemeinderat, die Schulkommission und die Schulleiterkonferenz werden prüfen müssen, welche Angebote in ihrer bisherigen Form weitergeführt werden können und wo Anpassungen erforderlich sind. Dies betrifft insbesondere hochpreisige Lager, die bislang stark auf Elternbeiträge angewiesen waren.

Eine gemeindeweit einheitliche Regelung bedingt zudem eine Überprüfung der Angebotsvielfalt, um sicherzustellen, dass die finanziellen Mittel gezielt und wirksam eingesetzt werden, ohne dass pädagogisch wertvolle Aktivitäten eingeschränkt werden. Dabei sind sowohl die Kosten als auch die pädagogische Bedeutung und die organisatorische Umsetzbarkeit zu berücksichtigen.

Aufgrund dieser Überlegungen kann der Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt nicht definitiv zusichern, dass die Anpassung der Kostenbeteiligung zu keiner Reduktion des aktuellen Angebots führen wird. Um diesem Anliegen Rechnung zu tragen, sind vertiefte Abklärungen hinsichtlich der finanziellen Machbarkeit und der strukturellen Umsetzung erforderlich. Der Gemeinderat wird diese Arbeiten in enger Zusammenarbeit mit der Schulkommission und der Schulleiterkonferenz angehen.

### **6. Finanzen**

Die finanziellen Auswirkungen einer gemeindeweit einheitlichen Regelung für obligatorische Exkursionen und Klassenlager hängen wesentlich von der gewünschten Angebotsausgestaltung ab. Je nach Modell – beispielsweise ein Lager pro Schuljahr oder eines pro Zyklus – ergeben sich markant unterschiedliche Kosten.

Eine präzise Berechnung ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, da die künftige Ausgestaltung der Angebote noch nicht festgelegt ist. Erst bei Vorliegen konkreter Vorgaben und Rahmenbedingungen können belastbare Finanzierungsmodelle entwickelt werden.

## **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 1 der Motion wird erheblich erklärt.

Punkt 2 der Motion wird erheblich erklärt.

Punkt 3 der Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Köniz, 5. März 2025

Der Gemeinderat

## **Beilagen**

1) Formelle Prüfung der Motion vom 21. November 2024



Cornelia Rauch  
Stv. Gemeindeschreiberin  
T 031 970 92 02  
cornelia.rauch@koeniz.ch

Köniz, 21. November 2024 rc

**V2411 Motion (SP/JUSO, Grüne, Junge Grüne) „Elternbeiträge für ausserschulische Aktivitäten“**

**Formelle Prüfung der Motion**

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung 0.3 A 7 prüft der Gemeindeschreiber, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentswurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt,

1. die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten für Anlässe der Volksschule an die bundesgerichtliche Rechtsprechung anzugleichen.
2. Der Gemeinderat legt für obligatorische Klassenlager und Exkursionen eine für alle Kőnizer Schulen verbindliche Bandbreite der Beiträge pro Tag und Kind fest.
3. Der Gemeinderat sorgt dafür, dass das bestehende Angebot der Kőnizer Schulen an obligatorischen Exkursionen und Klassenlagern in Bezug auf Qualität und Menge mindestens beibehalten wird und stellt die nötige Finanzierung dafür sicher.

Gemäss Art. 48 bst. a) Gemeindeordnung (GO) beschliesst das Parlament einmalige Ausgaben über CHF 200'000 bis 2 Millionen Franken und gemäss Art. 48 bst b) GO jährlich wiederkehrende Ausgaben über CHF 60'000 bis 1 Million Franken.

Die Umsetzung dieser Motion würde voraussichtlich Kosten in der Höhe auslösen, welche in die Zuständigkeit des Parlaments fallen.

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag.

Cornelia Rauch  
Stv. Gemeindeschreiberin